



Vier private Konzerne dominieren in Deutschland die Energieversorgung. Sie wollen gerne weiter mit der Atomstromproduktion Profite machen und grenzenlos CO<sub>2</sub> emittieren. Für eine Energiewende benötigt es jedoch Wind- und Solarkraftwerke und andere und neue Energiernetze. Das geht nur mit öffentlichen Investitionen. Werden wir darüber mitbestimmen können?

Für formale Aufgaben wurde ein Trägerverein gegründet: Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) hat seit dem 1.1.2011 ein festes Büro in Berlin mit derzeit einer bezahlten Stelle. GiB ist organisatorisch und politisch unabhängig. Um mitzumachen bedarf es keiner besonderen Formalitäten oder Mitgliedschaften: GiB wird von denen gesteuert, die sich dazu einbringen. Läuft bei euch die Stromkonzession bald aus? Soll die Schule per PPP saniert werden? Nehmt mit uns Kontakt auf, sagt uns, wozu ihr arbeitet oder arbeiten wollt, an welchen Informationen oder Kampagnen ihr interessiert seid.

### Jetzt mitmachen

## Was ist das Problem?

Gemeingüter wie Wasser Bildung, Mobilität und Energie werden immer stärker Renditeinteressen ausgesetzt. Die OECD beziffert den weltweiten Bedarf an Infrastrukturinvestitionen bis 2030 auf 41 Billionen US-Dollar – was für uns Daseinsvorsorge ist, sehen andere als Markt. Dabei sind Gemeingüter eine Chance, der Logik des grenzenlosen Wachstums ein Modell der demokratisch kontrollierten Daseinsvorsorge entgegenzusetzen.



Über eine Milliarde Menschen leben ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser; 2,6 Milliarden ohne sanitäre Grundversorgung. Wasserprivatisierung verschärft diese Situation. Die vier Konzerne Suez, Bechtel, Veolia und RWE wollen unsere Wasserversorgung übernehmen – in Europa und weltweit.

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) basiert auf aktiven Gruppen in verschiedenen Städten und Gemeinden, die dort gegen Privatisierung streiten. Das sind derzeit viele Attac-Gruppen, lokale Zusammenschlüsse gegen Public Privat Partnership (PPP) und Privatisierungen. GiB möchte dazu beitragen, diese Kräfte zu bündeln. Mit gemeinsamen Kampagnen soll Öffentlichkeit vergrößert werden, dezentral erarbeitete Inhalte sollen für alle verfügbar gemacht werden. GiB ist mittelbar aus den bundesweiten attac-Kampagnen gegen Public Privat Partnership (Kampagne „PPP-Irrweg“) und gegen die Bahnprivatisierung (im Bündnis „Bahn für Alle“) hervorgegangen. Attac unterstützt GiB bei der Gründung.

## Den Widerstand vernetzen

Der Staat zieht sich aus der bildungspolitischen Verantwortung zurück. Es fehlen immer mehr LehrerInnen, ErzieherInnen und HochschullehrerInnen, gleichzeitig wächst die Zahl der Schul-PPPs, Privatschulen und privaten Hochschulen in atemberaubendem Tempo.



## Arbeit gegen Privatisierung benötigt Geld

Die Verteidigung unserer Gemeingüter erfordert eine Anlaufstelle für alle, die sich für das Öffentliche einsetzen. Wir wollen bundesweite Kampagnen gegen Privatisierung und für unsere Daseinsvorsorge starten. Wir arbeiten dafür, dass über PPP aufgeklärt wird, dass Kommunen auslaufende Stromkonzessionen wieder in eigene Regie übernehmen, dass privatisierte Wasserversorger rekommunalisiert werden. Für diese Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit brauchen wir SpenderInnen und Fördermitglieder. Helft mit, Gemeingut in BürgerInnenhand aufzubauen!

### Gemeingut in BürgerInnenhand

Weidenweg 37  
10249 Berlin  
info@gemeingut.org  
☎ 030 - 37300442

Spendenkonto:  
Kto. 1124229100  
BLZ 430 609 67 (GLS)

www.gemeingut.org



GiB wird gefördert von der **Rewegungsstiftung** istöße für soziale Bewegungen



Mobil zu sein ist ein Menschenrecht, doch die Privatisierung öffentlicher Verkehrsunternehmen schließt Menschen davon aus. Öffentliche Mobilität ist auch ein wichtiges politisches Steuerungsinstrument für eine Orientierung auf klimafreundlichen Verkehr.

Jede Form der verbindlichen Mitbestimmung. Gemeingut in BürgerInnenhand tritt ein für die Bewahrung und umfassende Demokratisierung von öffentlichen Diensten und öffentlichem Eigentum. Auch naturgegebene Gemeingüter wie Klima und Bodenschätze dürfen nicht der Ausbeutung Weniger überlassen werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Gemeingüter generell unter demokratische Kontrolle gebracht werden. Dazu arbeiten wir an Modellen für die Mitbestimmung von KundInnen, Steuer- und Gebührenden, Beschäftigten und (potenziell) Betroffenen. Zentralstaatlicher Dirigismus steht solcher Partizipation meist entgegen. Öffentliches Eigentum an unseren Gemeingütern ist jedoch zwingende Voraussetzung für

## Öffentliche Institutionen demokratisieren



## Privatisierung von Gemeingütern – Ausverkauf oder Effizienzsteigerung?



***Privatisierung ist ein Loch  
in der Gesellschaft, durch das  
unsere Demokratie abfließt.***



**Privateigentum**

**Anlegen Verboten**

**Kontaktadresse:**